



● Politische Handlungsempfehlungen

Kommunale Energie- und Wärmewende

Deutschland und Frankreich gehören zu den vier größten Verursachern von Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union. Energieerzeugung und -verbrauch machen dabei weit über die Hälfte der Emissionen aus. Die Energiewende ist somit Voraussetzung für das Erreichen der europäischen Klimaneutralität. Kommunen spielen hierbei eine zentrale Rolle: Sie erschließen nachhaltige Wärmequellen, bauen und dekarbonisieren Wärmenetze und bringen die energetische Gebäudesanierung voran.

Mit seinen politischen Handlungsempfehlungen zeigt das Deutsch-Französische Zukunftswerk, wie die nationalen Regierungen und die deutschen Bundesländer die Handlungsspielräume der Kommunen für die Energiewende erweitern und die Energiewende beflügeln können. Sie wurzeln in kommunalem Umsetzungswissen und einem intensiven deutsch-französischen Dialog. Sie fußen auf vier Säulen, von denen die Energiewende getragen werden muss: die Teilhabe der Bürger:innen, eine sozial verträgliche Umsetzung der Transformation ebenso wie ein maßvoller, suffizienter Umgang mit Energie und Ressourcen. Nicht zuletzt bedarf es als vierte Säule angemessener Finanzierungsinstrumente für die kommunale Energiewende.

Finanzierung der kommunalen Wärmewende erleichtern

Bis 2030 möchte Frankreich seine Wärme zu 38,8 Prozent, Deutschland zu 50 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen speisen. Die Dekarbonisierung des Wärmesektors ist eine Aufgabe der lokalen Ebene. Insbesondere kleinere Kommunen stehen hier jedoch vor Finanzierungsschwierigkeiten. Daher sollte die deutsche Regierung Bürgerschafts- und Kommunalkreditprogramme auflegen, um die Kreditfähigkeit von Kommunen und ihren kommunalen Energieversorgern zu stärken. Gleichzeitig sollte sie die Wirkung einer kommunalen Pflichtaufgabe „klimaneutrale Wärmeversorgung“ prüfen. Darüber hinaus sollte in beiden Ländern die Nutzung von Tiefengeothermie und industrieller Abwärme in Wärmenetzen mit Hilfe spezieller finanzieller Mechanismen abgesichert werden.



Kompetenz der Kommunen und ihrer Partner:innen für die Wärmewende stärken



Über die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland und Frankreich lebt in kleinen Kommunen ohne etablierten Wärmeversorger und Wärmenetz. Damit die Wärmewende bis 2045 in Deutschland und 2050 in Frankreich gelingt, benötigen vor allem diese Kommunen mehr Unterstützung, Personal und Fachwissen. Der Stadt Tamm in Baden-Württemberg gelang es innerhalb von 15 Monaten, den ersten Abschnitt eines klimaneutralen Wärmenetzes zu bauen und anzuschließen – auch dank der umfangreichen Beratung der *Ludwigsburger Energieagentur* (LEA). Um das kommunale Handeln in diesem Bereich zu stärken, sollten Deutschland und Frankreich ein verbessertes Beratungsangebot schaffen. Ebenso sind Banken wichtige Partner in der Wärmewende. Ihre Mitarbeiter:innen sollten geschult werden, um die Rolle der Banken als Investoren in langfristig wirtschaftliche Infrastrukturprojekte zu stärken. Zusätzlich braucht es mehr Fachkräfte, insbesondere in der Geothermiebranche.

Sozial- und klimagerecht sanieren



Die Förderung der energetischen Gebäudesanierung in Deutschland orientiert sich nur bedingt an sozialen Kriterien. Dies führt dazu, dass Eigentümer:innen mit geringen finanziellen Mitteln vor einer Sanierung zurückschrecken, wobei sie oftmals die am wenigsten effizienten Immobilien besitzen. In Frankreich bieten zentrale Anlaufstellen des *SERAFIN-Netzwerkes* eine umfassende Unterstützung an, auch um Finanzierungshürden zu reduzieren. Zudem trägt eine soziale Staffelung der französischen Förderlandschaft dazu bei, den Gebäudebestand sozialgerechter zu dekarbonisieren. Infolge der EPBD-Novelle von 2024 müssen auch in Deutschland flächendeckend zentrale Anlaufstellen angeboten werden. Es wird empfohlen, diese sozialgerecht auszurichten und leicht zugängliche Finanzierungsmechanismen zu schaffen. Zudem sollen staatliche Fördermittel für Gebäudesanierung nach sozialen Kriterien ausgerichtet werden. So können die Klimaziele im Gebäudesektor schneller erreicht werden.

Lokale Strategien für die energetische Sanierung stärken

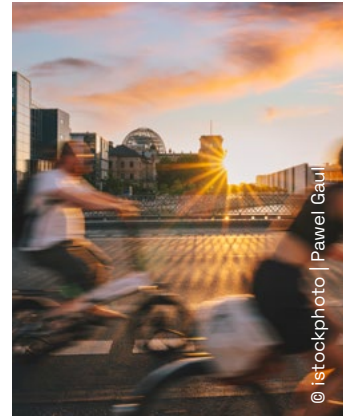


Im Chemnitzer Gründerzeitviertel Brühl wurden seit 2010 90 Prozent der Gebäude saniert, Leerstand reduziert und ein Niedrigtemperaturnetz aufgebaut. Der Erfolg dieses Projektes zeigt, wie zentral es für eine erfolgreiche Sanierungsstrategie ist, lokale Gegebenheiten zu berücksichtigen und integriert zu denken. Das Förderprogramm *KfW 432* war hierzu zentral. Es finanzierte – wie an vielen anderen Orten auch – die Erstellung eines integrierten Quartierskonzeptes. Anfang 2024 wurde das Programm eingestellt. Es wird empfohlen, ein ähnliches Förderprogramm wieder aufzulegen, welches flexible und integrierte Ansätze auf Quartiersebene ermöglicht. Auch Frankreich könnte von einem ähnlichen Programm profitieren.

Für eine sozialverträgliche Sanierungsstrategie sind zudem Datenbanken notwendig, in denen gebäudespezifische Daten mit anonymisierten sozioökonomischen Daten kombiniert werden können. Hier kann Deutschland von Frankreich lernen, wo solche Datenbanken bereits bestehen.

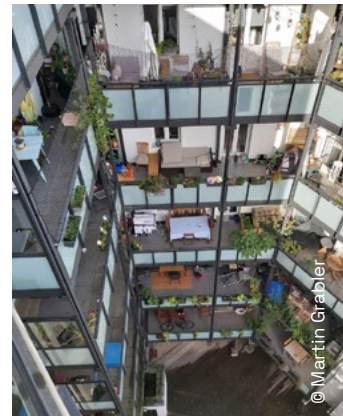
Suffizienz als zentrale Säule der Energiewende etablieren

Die Hälfte der Energieeinsparungen bis 2050 könnte in Ländern wie Deutschland und Frankreich durch Suffizienz gelingen – das sagt *das Szenario CLEVER* eines Netzwerks aus 26 europäischen Forschungseinrichtungen. Die nationalen Strategien der Energiewende fokussieren sich in Deutschland und Frankreich auf technische Innovationen und Energieeffizienz. Im Vergleich dazu wird die Hebelwirkung von Suffizienz kaum gesehen und genutzt. Einige Kommunen setzen bereits Maßnahmen um, um die Voraussetzungen für energiesparende Verhaltens- und Lebensweisen zu schaffen. Doch bleiben sie bisher die Ausnahme. Um kommunales Handeln gezielt zu stärken, müssen die Suffizienzziele in nationalen Strategien – so zum Beispiel in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie – verankert werden. Zudem sollten Regierungen Anreize für Suffizienz als kommunale Querschnittsaufgabe schaffen sowie nicht-nachhaltige Subventionen und Regulierungen abbauen.



Ungenutzte Potenziale im Wohnungsbestand heben

Zwischen 1984 und 2020 nahm die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Frankreich um 67 Prozentpunkte zu, in Deutschland wuchs sie zwischen 1991 und 2023 um über ein Drittel. Die Klimaschutzziele für den Wohnsektor können daher nur erreicht werden, wenn neben der Sanierung flächeneffizientes und bedarfsgerechtes Wohnen gefördert wird. Um Wohnraum im Bestand zu mobilisieren sowie Umbau und Umzug zu unterstützen, nutzen Kommunen vereinzelt Förder- und Beratungsinstrumente wie das Programm *Jung kauft Alt*. Doch sollten Bund und Länder Kommunen fachlich besser begleiten und stärkere Anreize setzen – zum Beispiel über die Städtebauförderung. Die Eigentumsförderung sollte auf den Erwerb und Umbau des Bestands ausgerichtet werden. Ebenso sollte Suffizienz ein Standardbaustein bei Sanierungs- und Energieberatungen werden.



Energy Sharing flächendeckend ermöglichen

Energy Sharing bietet die Chance, erneuerbaren Strom gemeinschaftlich zu erzeugen und gemeinsam zu günstigen und stabilen Preisen selbst zu verbrauchen. Mehr Menschen können damit aktiv an der Energiewende teilnehmen und teilhaben, und diese beschleunigen. In Frankreich ist Energy Sharing bereits seit 2016 im Energiegesetzbuch rechtlich verankert. Seit 2021 verdoppelt sich die Anzahl der Energy-Sharing-Projekte jährlich. Doch sollten für eine Skalierung bestehende rechtliche Hürden abgebaut und solidarische Beteiligungsbedingungen gestärkt werden. Um Energy Sharing auch in Deutschland zu ermöglichen, sollten ein eigener Rechtsrahmen geschaffen und einheitliche Verfahren für die beteiligten Akteure etabliert werden.



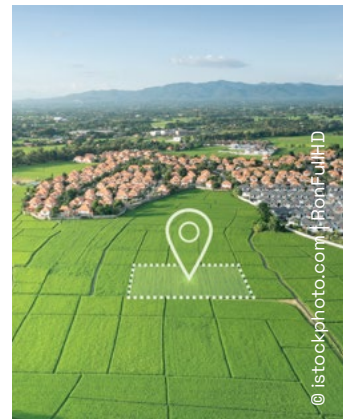
Finanzielle und gesellschaftliche Teilhabe am Ausbau der Erneuerbaren stärken

Um die Energiewende lokal zu verankern, müssen Menschen vor Ort mitverdienen, mitmachen und mitbestimmen können. Grundlage dafür ist eine flächendeckende finanzielle Beteiligung von Kommunen und Bürger:innen an der Wertschöpfung der erneuerbaren Energien (EE). Die Gemeinde Hoort in Mecklenburg-Vorpommern hat es vorgemacht: Vier von 16 Windrädern des lokalen Windparks gehören der Kommune, Menschen vor Ort konnten Anteile erwerben. Das Ergebnis: Die Kommune sanierte ihren Haushalt, investierte in Kita und Feuerwehr; die Einwohnenden stehen hinter dem Projekt. Gesetzliche Regelungen zur Stärkung der Beteiligung an EE sollten in Deutschland weiterentwickelt und in Frankreich eingeführt werden. Zudem sollte ein Teil der Erträge aus EE in regionale integrierte Energiesysteme reinvestiert und die Bürgerenergie stärker gefördert werden.



Einen ambitionierten und gemeinschaftlich getragenen Ausbau von Photovoltaik und Windkraft fördern

Ehrgeizige Ausbauziele für Photovoltaik (PV) und Windkraft sind unerlässlich, um Klimaschutzziele zu erreichen. Dies setzt voraus, dass die notwendigen Flächen zur Verfügung gestellt werden. In Deutschland sieht das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bis 2028 eine Verdoppelung der installierten Leistung vor. Auch in Frankreich hat die mehrjährige Programmplanung für Energie (PPE) das Ziel festgelegt, die installierte Leistung bis 2028 stark zu erhöhen. Die Flächenausweisung sollte in Deutschland, wie in Frankreich, für alle Energieträger koordiniert durchgeführt werden. Außerdem sollte diese unter Einbindung der Menschen vor Ort erfolgen – bereits entwickelte Dialogtools können hier als Vorbild dienen. Verpflichtende, regionale Ausbauziele für PV und Windkraft sowie die Planungsvereinfachung entlang von Zugstrecken und Autobahnen für PV – nach deutschem Modell – können auch in Frankreich beschleunigend wirken und die Kommunen entlasten.



Die vorliegenden Handlungsempfehlungen sind das Ergebnis eines deutsch-französischen Dialoges über mehrere Monate. Expert:innen und Praktiker:innen beider Länder haben auf Grundlage lokaler Erfahrungen die Energie- und Wärmewende diskutiert. Die Langfassung aller Handlungsempfehlungen finden Sie unter <https://df-zukunftswerk.eu/handlungsempfehlungen>.

Erfahren Sie mehr über unsere bisherige Arbeit auf:

df-zukunftswerk.eu
info@df-zukunftswerk.eu



Umgesetzt von



GEFÖRDERT VOM



Stand: Dezember 2024